Pressemitteilung

Ansbach, 10.01.2012

Behauptung von Stadtrat Deffner zur Tariferhöhung im Nahverkehr unwahr:

Nicht der Stadtrat, sondern der ABuV-Aufsichtsrat beschloss steigende Preise

Offene Linke: Infolge dadurch sinkender Fahrgastzahlen Erfolg des ÖPNV gefährdet

Die Behauptung von Stadtrat Thomas Deffner in der heutigen Ausgabe der *Fränkischen Landeszeitung*, wonach der Stadtrat die Tariferhöhung im Nahverkehr von Preisstufe S auf K beschlossen habe, ist unwahr. Über die Preissteigerungen wurde vom Aufsichtsrat der Ansbacher Bäder- und Verkehrsgesellschaft (ABuV) in nicht-öffentlicher Sitzung entschieden. Dieser Sachverhalt müsste Deffner als Aufsichtsratsmitglied eigentlich bekannt sein.

Das Ziel der Offenen Linken ist zum Einen, solche Beschlüsse hinter verschlossenen Türen künftig wieder transparent zu machen und einer stärkeren demokratischen Kontrolle zu unterwerfen: "Die Menschen haben Hinterzimmerentscheidungen zu Fragen öffentlicher Daseinsfürsorge satt. Sie haben das Recht zu erfahren, welcher Stadtrat wie abgestimmt hat."

Zum Anderen sieht die Offene Linke durch die Prognose des VGN, dass die Fahrpreiserhöhung einen Rückgang der Fahrgastzahlen bedeutet, den Erfolg der Angebotsverbesserung gefährdet, sofern nicht durch zumindest eine sozialere Gestaltung des Tarifgefüges nachgebessert wird.

In Erinnerung gerufen seien an dieser Stelle die Ausmaße der Fahrpreiserhönungvon S auf K: Die Einzelfahrt stieg zum 01.01.2012 um 33% auf 1,60 Euro. Das Monatsticket (MobiCard für das Stadtgebiet) gar um 56% von 26,40 auf 41,20 Euro. Die Schülermonatskarte um 39% auf 27,30 Euro.

Die Offene Linke wird sich weiterhin für einen bezahlbaren ÖPNV, der allen BürgerInnen den Zugang zum Nahverkehr, etwa mittels Sozialtarife, sichert, einsetzen. Dies führt nicht zu Mehrausgaben, wie Beispiele vergleichbarer Städte mit sozialer Tarifgestaltung zeigen, sondern zu Mehreinnahmen und geringerem Zuschussbedarf. "Wir wollen den Erfolg der Angebotsverbesserung im ÖPNV und des Nahverkehrsplanes in Ansbach, der elementar für die Erreichung der Klimaschutzziele unserer Stadt ist. Dafür bedarf es ein Überdenken und ein Nachjustieren der Tarifgestaltung."

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat